

Argu Karten

für den
Landtagswahlkampf 2016



CDU

Lust auf Zukunft.

Mit ganzer Kraft.

Liebe Freundinnen und Freunde,

in den kommenden Wochen wollen wir mit vollem Einsatz und ganzer Kraft die Grundlage für ein erfolgreiches Ergebnis am 13. März legen.

Unser großes, gemeinsames Ziel ist klar: Die CDU muss unter Führung von Guido Wolf wieder Regierungsverantwortung in Baden-Württemberg übernehmen - zum Wohle der Menschen in unserem Land. Wir wollen allen Baden-Württembergern beste Chancen auf eine gute Zukunft geben. Dazu haben wir klare Vorstellungen und die überzeugenderen, weil besseren, Ideen. Diese haben wir für Sie zur Unterstützung in den Diskussionen an den Wahlkampfständen oder im Freundes- und Bekanntenkreis hier aufbereitet.

Ich bin mir sicher: Gemeinsam werden wir eine gute Zukunft für Baden-Württemberg schaffen! In den Wochen des Wahlkampfes schaffen wir die Voraussetzungen, dass ab dem 13. März diese Zukunft beginnen kann.

Ihren hohen persönlichen Einsatz für die CDU schätzen wir sehr und danken Ihnen dafür herzlich. Gemeinsam packen wir es!

Mit besten Grüßen



Florian Weller

Landesgeschäftsführer



Unser vollständiges Regierungsprogramm
finden Sie im Internet unter
www.cdu-bw.de/go/regierungsprogramm



Grün-Rot: gescheitert

Ideologie statt guter Sachpolitik – eine Schadensbilanz.

- 2013 und 2014 insgesamt 3 Mrd. neue Schulden trotz Rekordeinnahmen.
- Bildungschaos zu Lasten der Kinder und Kommunen: übereilte und konzeptlose Einführung der Gemeinschaftsschule, Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung, kein zusammenhängendes Konzept der regionalen Schulentwicklung.
- Politik von oben herab statt fairem Interessenausgleich: ein Nationalpark im Nordschwarzwald gegen die Interessen vieler Bürger, ein Jagdrecht ohne Akzeptanz bei Jägern und Waldbesitzern, eine Neufassung der Gemeindeordnung, die einer Blockadepolitik Tür und Tor öffnet.
- Klientelpolitik statt Politik für die Mitte der Gesellschaft: Mit der Diskussion um den Bildungsplan sowie dem „Aktionsplan sexuelle Vielfalt und Akzeptanz“ wurde das Vertrauen der Menschen stark erschüttert. Eltern müssen sich darauf verlassen dürfen, dass ihre Kinder an den Schulen in guten Händen sind.
- Misstrauen statt Vertrauen gegenüber unserer Polizei: Die lange diskutierte Kennzeichnungspflicht ist das Gegenteil von Vertrauen in unsere Sicherheitskräfte. Eine Polizeireform mit weniger Polizei vor Ort und ungeeignete Strukturen zur Bekämpfung der Einbruchskriminalität haben das Gefühl der Sicherheit sinken lassen.
- Verkehrsverhinderung statt Förderung der Mobilität: Beim Bau von Autobahnen und Bundesstraßen wurden allein 2013 über 100 Millionen Euro verschenkt. Im Landes- und kommunalen Straßenbau herrschte zwischen 2011 und 2014 absoluter Stillstand.



Tatkraft, Bodenständigkeit und Bürgernähe.

- Eine gute Politik braucht die richtigen Inhalte genauso wie die passenden Köpfe. Sie braucht Menschen, die gestalten wollen. Persönlichkeiten, die für ihr Land brennen und Chancen erkennen. Einen Regierungschef, der zupackt, wo andere nur verwalten.
- Und eine gute Politik für Baden-Württemberg braucht Erfahrung: Einen Eindruck vom Leben in Stadt und Land, Wissen um die Kunst bürgernaher Verwaltung in unseren Gemeinden und Kreisen, Einsicht in die nötige Balance von Recht und Gerechtigkeit.

Das zeichnet Guido Wolf aus:

- Er war Richter (1992-1994), Bürgermeister (1996-2002) und Landrat (2002-2011). Als Referatsleiter im Staatsministerium (1994-1996) war er ein enger Mitarbeiter von Ministerpräsident a.D. Erwin Teufel.
- Er vertritt seit 2006 den Wahlkreis Tuttlingen-Donauessingen im Landtag von Baden-Württemberg. Guido Wolf war arbeitsmarktpolitischer Sprecher der Fraktion und Vorsitzender des Finanz- und Wirtschaftsausschusses. Sachverstand und Verlässlichkeit zeichnen ihn aus. Als Landtagspräsident (2011-2015) hat er Baden-Württemberg und seine Menschen gut repräsentiert.
- Er verbindet Bodenständigkeit mit Tatkraft. Er ist nahe bei den Menschen, besitzt einen mitreißenden Humor und hat das Herz auf dem richtigen Fleck. Er wird Baden-Württemberg nach vorne bringen.



Innere Sicherheit

Sicherheit ist bei Grün-Rot in schlechten Händen.

- Ein Anstieg der Einbruchszahlen um 50 Prozent in 2 Jahren, eine Polizeireform ohne Maß und Ziel und der Verzicht auf einen Stopp beim Stellenabbau in der Polizei: Bei Grün-Rot ist die Sicherheit der Bürger in schlechten Händen.
- Wir wollen, dass unsere Bürger in Sicherheit leben und nachts ruhig schlafen können. Wir wollen, dass Baden-Württemberg wieder zum sichersten Bundesland wird. Sicherheit ist Lebensqualität und Wohlstand braucht Innere Sicherheit. Freiheit, Leben, Gesundheit, privates und öffentliches Eigentum müssen geschützt, Kriminalität muss bekämpft werden. Unsere Polizei gibt ihr Bestes. Wir unterstützen sie darin.

Polizei.

- Mehr Polizeistreifen vor Ort, die Nutzung von Kennzeichenlesesystemen und Vorratsdatenspeicherung, bessere Prävention, Schwerpunktaktionen gegen Einbrecherbanden, runde Tische in Kommunen, die Aktion „wachsamer Nachbar“ und die Förderung baulichen Einbruchschutzes mit zinsgünstigen Darlehen bekämpfen die Einbruchskriminalität nachhaltig.
- Wir beheben die Mängel der Polizeireform. Die Zahl der Präsidien muss dem Flächenland Baden-Württemberg angemessen sein. Ausbildungsstandorte in allen Regionen erleichtern die Nachwuchsgewinnung.
- 1.500 neue Stellen, die beste technische Ausstattung, eine angemessene Besoldung, gute Karrierechancen, eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch die Schaffung von Leerstellen und die Erhöhung des freiwilligen Polizeidienstes von 1.100 auf 2.000 Stellen

erleichtern die Polizeiarbeit deutlich und steigern die Attraktivität des Polizeiberufs.

- Das Verbot von Alkoholkonsum auf öffentlichen Plätzen, ein Straftatbestand „Gewalt gegen Polizei, Feuerwehr und Hilfsdienste“ und der Einsatz von Body-Cams erhöhen die Sicherheit. Eine Kennzeichnungspflicht lehnen wir ab.

Recht, Justiz und Verfassungsschutz.

- Wir bringen das „Haus des Jugendrechts“ in die Fläche. Schnelle und konsequente Strafen, pädagogisch sinnvolle Sanktionen und der Warnschussarrest vermindern die Jugendkriminalität.
- Ein schlagkräftiges Landesamt für Verfassungsschutz ist weder auf dem linken noch auf dem rechten Auge blind. Es unterliegt der parlamentarischen Kontrolle und nutzt V-Leute zur Bekämpfung von Feinden der Verfassung.
- Eine bürgernahe Gerichtstruktur bietet einen guten Service mit Grundbuchamt, Notariat und Vereinsregister vor Ort. Mehr Personal an den Verwaltungsgerichten hilft bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise. Wir stärken die private, gemeinnützige Bewährungshilfe.



Familie & Gesellschaft

Familie.

- Wir trauen den Menschen etwas zu. Wir setzen auf eigenverantwortliches Handeln und geben Familien echte Wahlfreiheit. Das stärkt Familien und macht sie unabhängig.
- Mit einem „Familiengeld Baden-Württemberg“ unterstützen wir Familien, die ihre Kinder selbst betreuen. Familien mit drei oder mehr Kindern werden wir beim Wohnungsbau und der Nutzung des ÖPNVs und öffentlicher Einrichtungen fördern.
- Durch ein flächendeckendes Angebot von Kindertageseinrichtungen ermöglichen wir wohnortnah flexible Betreuungsmodelle. Mit uns wird das Land als Arbeitgeber Erziehungszeiten und Pflegezeiten wie Dienstzeit für Beförderungen behandeln.
- Für einen guten Übergang in die Schule machen wir aus dem letzten Kindergartenjahr ein verpflichtendes, beitragsfreies Vorschuljahr.

Senioren.

- Ältere Menschen unterstützen wir, aktiv und selbstbestimmt zu leben. Verkehr, Wohnungsbau und ärztliche Versorgung richten wir danach aus. Mit einem Demografiebeauftragten gestalten wir die Aufgaben.
- Durch eine Flexi-Rente ermöglichen wir einen individuellen Ruhestand. Pflegestützpunkte machen wir zu einer Selbstverständlichkeit in mittleren und größeren Gemeinden. Sie bieten flexible und mobile Angebote.

Ehrenamt und Sport.

- Ehrenamt und Engagement halten unsere Gesellschaft zusammen. Wir setzen auf Freiwilligkeit und Eigeninitiative. Wir wollen junge Menschen mit und ohne Migrationshintergrund durch die Initiative „Ja zum Zusammenhalt- Ja zur Gemeinschaft“ zum Engagement in Vereinen und Gesellschaft motivieren und ermutigen. Dieser Einsatz für die Gemeinschaft zahlt sich aus: durch die Anrechnung auf Ausbildungszeiten oder durch die teilweise Finanzierung des Führerscheins.
- Sport fördert Fairplay, Ausdauer, Teamfähigkeit und Leistungsbereitschaft und vermittelt damit zentrale Fähigkeiten für ein gelingendes Miteinander. Mit einem „Solidarpakt III“ schaffen wir eine verlässliche Basis für Investitionen und Übungsleiter.

Inklusion.

- Menschen mit Behinderung gehören in die Mitte der Gesellschaft. Mit einer umfassenden Inklusions- und Teilhabestrategie 2021 machen wir selbstbestimmtes Wohnen und Arbeiten sowie barrierefreie Zugänge zu einer Selbstverständlichkeit.

Kirchen.

- Mit den Kirchen pflegen wir einen gewinnbringenden Dialog. Das christliche Menschenbild ist Richtschnur für unser politisches Handeln. Wir würdigen das Engagement der Kirchen für ein gutes Miteinander. Ihre seelsorgerliche, soziale und gesellschaftliche Arbeit ermöglichen wir ungehindert.
- Auch die jüdischen und muslimischen Gemeinden sind für uns wichtige Partner bei der Gestaltung der Gesellschaft.



Mobilität

Die grün-rote Bilanz der Verkehrspolitik ist ein Armutszeugnis.

- Mindestens 100 Mio. Euro vom Bund für den Straßenbau wurden verschenkt. Von 2011-2014 gab es keinen einzigen Spatenstich für Landes- und Gemeindestraßen. Für neue Landesstraßen will Grün-Rot 2015/16 gut 40 Mio. Euro ausgeben – für Radwege 30 Mio. Euro!
- Verkehrswege sind die Lebensadern unseres Landes. Mit seinen zahlreichen innovationsstarken Betrieben ist Baden-Württemberg ein zentraler Wirtschaftsstandort im Herzen Europas. Die Bürgerinnen und Bürger sowie die Betriebe brauchen ein leistungsfähiges Verkehrsnetz. Davon hängen Mobilität, Zukunftschancen und Arbeitsplätze ab. Baden-Württemberg braucht deswegen auch einen gezielten Ausbau und Neubau von Straßen, um den steigenden Anforderungen an unsere Infrastruktur und den Mobilitätsbedürfnissen in Zukunft gerecht zu werden.

Mobilität fördern.

- Wir behandeln alle Verkehrsträger gleichrangig und bündeln Kompetenzen aus Politik, Industrie, Logistik und Wissenschaft um Synergien zu nutzen. Wir investieren bedarfsgerecht und dauerhaft. Öffentlich-private Partnerschaften nutzen wir und kehren zu einer guten Zusammenarbeit mit dem Bund und Brüssel zurück. Luftreinhaltung und Lärmschutz finden eine angemessen Berücksichtigung.

Straße

- Wir investieren in fünf Jahren 1 Mrd. Euro in die Landesstraßen. 100 Mio. in den Erhalt, 60 Mio. in den Neubau und 40 Mio. in die Brückensanierung pro Jahr. Die Straßenbauverwaltung stellen wir mit ausreichend Personal und Mitteln aus. Die Fördermöglichkeiten für den kommunalen Straßenbau schöpfen wir mit bis zu 75 Prozent

voll aus. Die Festbetragsförderung kommt auf den Prüfstand, um Risiken zu minimieren und der finanziellen Leistungsfähigkeit der Kommunen gerecht zu werden. Zur Förderung der E-Mobilität bauen wir die Ladeinfrastruktur flächendeckend aus. Eine Verbesserung der Verkehrssteuerung erreichen wir durch intelligente Verkehrsbeeinflussung, automatisiertes und autonomes Fahren.

Bus und Bahn.

- Den ÖPNV gestalten wir mit verbund- und landkreisübergreifenden Lösungen attraktiv. Mit allen Beteiligten reformieren wir die Finanzierung des ÖPNV. Wir fördern die Anschaffung moderner Busse, Straßen- und Stadtbahnen mit 35 Mio./Jahr. Barrierefreiheit, Klimatisierung, aktuelle Fahrgastinformationen und WLAN sind unsere Ansprüche an einen modernen Schienenverkehr. Südbahn und Hochrheinbahn werden elektrifiziert, Gäubahn und Rheintalbahn ausgebaut, S21 und die ICE Neubaustrecke Frankfurt-Mannheim erfolgreich realisiert.

Güterverkehr.

- Wo es möglich ist, geben wir dem Gütertransport auf Schiene und Wasser den Vorzug. Wir bauen den kombinierten Verkehr aus. Lang-LKW tragen zu einem effizienteren Gütertransport und zur Entlastung von Infrastruktur bei. Die Neckarschleusen ertüchtigen wir für längere Schiffe.

Flughäfen und Radverkehr.

- Die regionalen Flughäfen erhalten wir, die Belastung durch Zürich begrenzen wir. Ein „Runder Tisch Radverkehr Baden-Württemberg“ gestaltet das Radfahren attraktiv.



Bildung

Grün-Rotes Bildungschaos.

- Durch die ideologisch geprägte, völlig übereilte und nicht durchdachte Einführung der Gemeinschaftsschule sowie die überhastete Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung hat Grün-Rot die Axt an unser erfolgreiches differenziertes Schulsystem gelegt.
- Verlierer des von Grün-Rot begonnenen Radikalumbaus sind in erster Linie unsere Kinder, in zweiter Linie aber auch die Städte und Gemeinden unseres Landes. In vielen Kommunen führt die von Grün-Rot etablierte regionale Schulentwicklung zu Schulschließungen.
- Wir wollen wieder die besten Schulen für unsere Kinder. Schulen, die Begabungen und Bedürfnisse jedes einzelnen Kindes gezielt und individuell fördern. Nur ein differenziertes Schulwesen bietet die Möglichkeit, den unterschiedlichen Begabungen und der Einzigartigkeit jedes einzelnen Schülers bestmöglich zu entsprechen.

Kitas und frühe Förderung.

- Die Qualität von Erziehung und Betreuung außerhalb der Familie sichern wir mit der flächendeckenden Umsetzung des Orientierungsplans. Über den Ausbau des Programms „Singen-Bewegen-Sprechen“ verbessern wir die Sprachförderung weiter. Die „Bildungshäuser für Drei- bis Zehnjährige“ bauen wir mit weiteren Standorten aus. Das verpflichtende, beitragsfreie Vorschuljahr wird den Schulstart erleichtern.

Grundschulen.

- „Kurze Beine – kurze Wege“: Die CDU steht zu den Grundschulen vor Ort – gerade auch in kleineren Gemeinden. Wir stärken die Fächer Deutsch und Mathematik in den ersten beiden Schuljahren und

setzen auf eine Fremdsprache ab Klasse 3. Mit einem verpflichtenden Gespräch zwischen Eltern, Grund- und weiterführender Schule zum Ende der 4. Klasse gestalten wir den weiteren Bildungsweg positiv.

„Realschule Baden-Württemberg“: Das Zukunftsmodell.

- Wir geben den Haupt- und Werkrealschulen sowie kleineren Realschulen echte Zukunftschancen. Mit dem Modell der „Realschule Baden-Württemberg“ schaffen wir eine Schule, die sowohl den Hauptschul- wie auch den Realschulabschluss anbietet. Dazu gibt es getrennte Klassenzüge, partiell ist auch ein gemeinsamer Unterricht möglich. Die Realschule BW kann sowohl an einem Schulstandort wie auch als regionale Verbundschule mit mehreren Standorten realisiert werden. Die Realschule BW führt Haupt- und Realschule zusammen, ohne auf ihre jeweilige Stärke bei der differenzierten Förderung der Schüler verzichten zu müssen. Damit erhalten wir Schulstandorte, passgenaue Bildungswege und schaffen zugleich noch einfachere Übergänge zwischen Hauptschulabschluss und Mittlerer Reife.

Unsere Realschulen sind ein Erfolgsmodell.

- Die Realschulen im Land haben sich bewährt. Sie sind das Rückgrat unseres Bildungssystems. Deshalb wollen wir die Stärken der Realschule sichern und ausbauen. Schüler sollen erfolgreich auf eine Lehre oder das berufliche Gymnasium vorbereitet werden. Dazu setzen wir auf Profilbildung, Förderangebote, die dem Lern- und Leistungsstand der Schüler entsprechen und auf berufspraktische Projekte.

Gymnasium.

- Die Weitergabe der Grundschulempfehlung ist Voraussetzung für eine erfolgreiche Arbeit der Lehrerinnen und Lehrer an den Gymnasien. Ob eine Schule ihre Schülerinnen und Schüler mit G8 und/oder G9 zum Abitur führt, wird künftig die Schule selbst entscheiden. Werden beide Geschwindigkeiten angeboten, wird ab der 7. Klasse getrennt unterrichtet. Die Zusammenarbeit zwischen beruflichen Gymnasien und Realschulen gestalten wir noch enger.



Bildung II

Gemeinschaftsschule.

- Notengebung, das Wiederholen einer Klasse, Methodenmix im Unterricht und flexible Angebote statt einer verpflichtenden Ganztagschule sind die wesentlichen Elemente einer Weiterentwicklung.

Berufsschulen.

- Die „Duale Ausbildung“ ist ein Qualitätsmerkmal und steht für die Gewinnung guter Fachkräfte. Betriebs- und wohnortnahe Standorte stärken die Attraktivität. Die operative Eigenständigkeit der Berufsschulen sichern und entwickeln wir weiter.

Sonderschulen.

- Inklusion an der Regelschule, Außenklassen, und den Besuch von Sonderschulen sehen wir als gleichberechtigte Wege. Diese gehen wir mit Bildungswegekonferenzen, Elternlotsen und einem Landesombudsmann. An der Regelschule gilt das 2-Pädagogen-Prinzip. Wir schaffen die personellen, sächlichen und räumlichen Voraussetzungen für Inklusion.

Ganztagsschulen.

- Ganztagsschulen sind verlässlich, flexibel, verbindlich oder freiwillig. Schwächere und stärkere Schüler profitieren von gezielten und passgenauen Förderangeboten. Ehrenamtliches Engagement und Angebote von Vereinen sind eingebunden.



Finanzen

Schuldenverbot in der Landeshaushaltsordnung abgeschafft.

- Anstatt sparsam zu haushalten, hat Grün-Rot das Schuldenverbot der Landeshaushaltsordnung abgeschafft. Trotz sprudelnder Steuereinnahmen wurden 2013 1,8 Mrd. Euro und 2014 weitere 1,2 Mrd. Euro zusätzliche Schulden gemacht. Schuldentrückzahlung ist kein Thema. Das ist das genaue Gegenteil von solidem Wirtschaften.
- Eine Finanzpolitik ohne neue Schulden steht für uns an erster Stelle. Die laufenden Einnahmen des Staates sollen die laufenden Ausgaben decken. Wir wollen den politischen Gestaltungsspielraum künftiger Generationen erhalten. Baden-Württemberg hat seit Beginn des Länderfinanzausgleichs inflationsbereinigt rund 79 Mrd. Euro in den Länderfinanzausgleich bezahlt. Ohne diese Zahlungen wäre Baden-Württemberg heute komplett schuldenfrei.

Konsolidierung.

- Das gestiegene Volumen des Landeshaushalts nutzen wir für Zukunftsprojekte und zur Konsolidierung gleichermaßen. Wir kehren zum Verschuldungsverbot in der Landeshaushaltsordnung zurück und legen einen Schuldentrückzahlungsplan vor. Förderprogramme müssen sinnvoll und nachhaltig sein.

Kompetenzen für die Länder.

- Eine Steuererhebungscompetenz für die Länder, z.B. durch einen Hebesatz auf Einkommen- und Körperschaftssteuer, stärkt die finanzielle Leistungsfähigkeit.

Länderfinanzausgleich gerecht gestalten.

- Durch den Länderfinanzausgleich dürfen Geberländer nicht schlechter gestellt sein als Nehmerländer. Wir streben eine nachhaltige Reform an, notfalls mittels einer Klage.



Wirtschaft & Arbeit

Grün-Rot hat kein schlüssiges Konzept für Mittelstand und Handwerk.

- Die Wirtschaft wird mit planwirtschaftlichen, bürokratischen Regelungen belastet und nur halbherzig gefördert.
- Mit einem regelrechten Akademisierungswahn vernachlässigt Grün-Rot die duale Ausbildung und legt die Hände beim Fachkräftemangel in den Schoß.
- Den Breitbandausbau vernachlässigt Grün-Rot sträflich. Gut 90 Mio. Euro Förderung in vier Jahren stehen 1,2 Mrd. Euro in Bayern gegenüber!
- Den wirtschaftlichen Erfolg Baden-Württembergs haben wir Menschen und Unternehmern zu verdanken, die sich jeden Tag mit innovativen Ideen und Tatkraft den Herausforderungen des globalen Wettbewerbs stellen. Mittelstand und Handwerk brauchen Freiheit zum Erfolg. Deshalb setzen wir auf weniger Bürokratie und Vorschriften. Wir packen den Breitbandausbau, die Digitalisierung und den Fachkräftemangel richtig an.

Wirtschaft.

- Das Wirtschaftsministerium wird wieder eigenständig. Bei der Gesetzgebung schätzen wir die bürokratischen Folgen ab.
- Ein Landeszentrum für Start-ups hilft bei der Unternehmensgründung. Mit einem Gründersparvertrag und mehr Risikokapital erleichtern wir die Finanzierungen.
- Digitalisierungsgutscheine beschleunigen den Weg zur Wirtschaft 4.0. Vernetzte Mobilität, digitale Produktion, Nutzung von Smart Data und

eine digitale Gesundheitswirtschaft sind unsere erklärten Ziele der Digitalisierung. Die „Innovationsoffensive Baden-Württemberg“ gestaltet den Wandel. Eine interdisziplinäre Denkfabrik arbeitet an Werten, Normen, Trends und Antwortstrategien. Ein Trendforschungszentrum, ein Innovationsrat und eine Innovations- und Patentverwertungsagentur bilden ein Innovationsnetzwerk. Die Baden-Württemberg Stiftung wird wieder zu einer strategischen Zukunftsstiftung.

- Mit einem Breitbandpakt investieren wir 500 Mio. Euro in schnelles Internet. Mindestens 50 Mbit/s erreichen wir bis 2017. Mittelfristig setzen wir auf Glasfaser bis an Haus (FTTB). Für flächendeckendes mobiles Internet fördern wir Modellprojekte mit LTE-Sendern in Straßenlaternen.

Arbeit.

- Die Stärkung der dualen Ausbildung sichert die Gewinnung von Fachkräften. Mädchen und Jungen bringen wir an den Schulen frühzeitig mit Technik und den MINT-Berufen in Kontakt. In anderen Ländern erworbene Qualifikationen anerkennen wir einfacher und schneller.
- Die berufliche Weiterbildung steht im Zentrum des Bildungszeitgesetzes. Mitarbeiter sollen am Unternehmenserfolg teilhaben können. Flexible Arbeitszeitmodelle erhöhen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.
- Die Flexi-Rente ermöglicht älteren Arbeitnehmern einen individuellen Renteneintritt. Den Anforderungen an Arbeitsplätze älterer Menschen tragen wir Rechnung.



Umwelt & Energie

Wichtige Zeit wurde vertan.

- Bei entscheidenden Themen der Energiewende, wie der Einführung von Smart-Grids und Smart-Metering in den Verteilnetzen zur intelligenten Laststeuerung, wurde viel Zeit verschlafen.
- Das E-Wärme-Gesetz wurde unter Grün-Rot aufgebläht und in ein Bürokratiemonster verwandelt. Grün-Rot hat die finanzielle Unterstützung für die Energie-Agenturen der Landkreise ersatzlos auslaufen lassen.
- Grün-Rot hat die ursprünglich von der CDU angestrebten Klimaschutzziele des Landes zur Reduktion des CO₂ Ausstoßes für 2020 von 30 Prozent auf 25 Prozent reduziert. Die Grünen haben somit ihre Glaubwürdigkeit als Klimaschutzpartei verloren.
- Ein ausbalanciertes Miteinander konventioneller und erneuerbare Energieträger ist für uns der Schlüssel zu einer zukunftsfähigen Energieversorgung in Baden-Württemberg. Wir haben Vertrauen in die Menschen und Unternehmen in Baden-Württemberg und ihre Fähigkeiten. Deswegen gilt für uns in der Umweltpolitik: Freiwilligkeit vor Zwang.

Ja zur Energiewende.

- Ein klares Ja zur Energiewende muss die Interessen von Umweltschutz, Endverbraucher und Wirtschaft berücksichtigen. Sicher, sauber und erschwinglich sind dabei zentrale Eigenschaften.
- Europäische Lösungen, der Einsatz von smart grid und smart metering sowie leistungsfähige Speichertechnologien machen die Energiewende nachhaltig möglich.

- Die Energie-Agenturen der Landkreise werden wieder finanziell gefördert. Wir nehmen die Kommunen als entscheidende Partner bei der Energiewende ernst.
- Ein landesweites Kompetenzzentrum Energie bringt die Energiewende voran. E-Mobilität und alternative Antriebsformen gestalten den Verkehr nachhaltig.
- Den Schutzbedürfnissen von Mensch und Natur tragen wir beim Ausbau der Windenergie Rechnung. Die Abstandsflächen von Windkraftanlagen zur Wohnbebauung erhöhen wir auf 1.000 Meter.
- Die Novelle des E-Wärmegesetzes setzen wir aus. Weniger Bürokratie und die steuerliche Begünstigung von Gebäudesanierungen machen Energiesparen reizvoll.

Umweltschutz ist uns ein wichtiges Anliegen.

- Das Klimaschutzgesetz setzen wir mit Maß und Ziel um. Beratung, Informationen, Bildung, Forschungsprojekte und Förderprogramme sind dazu geeignete Maßnahmen.
- Ein Frackingverbot, ein nachhaltiger Hochwasserschutz und die Beseitigung übertriebener Einschränkungen durch Gewässerrandstreifen gewährleisten einen sinnvollen Wasserschutz.
- Das Umweltverwaltungsgesetz gestalten wir im Gleichklang mit Bundesrecht, EU-Recht setzen wir ohne zusätzliche Vorgaben 1:1 um.
- Die Atommüll-Endlagersuche gehen wir ergebnisoffen an.



Ländlicher Raum

Der ländliche Raum - Stiefkind grün-roter Politik.

- Die grün-rote Landesregierung hat durch ihre Politik bewiesen, dass sie die Stärken und Herausforderungen der Regionen, vor allem im ländlichen Raum, nicht erkennt und deshalb keine gezielte Strategie für die anstehenden Aufgaben entwickelt hat.
- Grün-Rot setzt auf immer mehr Verbote und Vorschriften. Damit graben sie unseren bäuerlichen Familienbetrieben das Wasser ab.
- Wir sind stolz auf unsere starken ländlichen Räume. Wir spielen Stadt und Land nicht gegeneinander aus sondern machen Politik Hand in Hand. Wir bauen auf die jeweiligen Stärken. Der ländliche Raum steht für eine hohe Lebensqualität, für Wohlstand und Arbeit, für regionale und überregionale Märkte, für Landwirtschaft und Gewerbe, für lebendige Städte und Dörfer, für schöne Kulturlandschaften. Hier ist der Raum, um sich daheim zu fühlen.

Ländlicher Raum .

- Eine gute Anbindung an Straße und Schiene gewährleistet die notwendige Mobilität. Ein Breitbandpakt über 500 Mio. Euro beseitigt alle „weißen Flecken“. An jedem Anschluss sind bis 2017 50 Mbit/s verfügbar. Mittelfristig wird das Glasfasernetz flächendeckend ausgebaut.
- Eine gesicherte Hausarzt-Versorgung, kommunale Dienstleistungszentren und ambulante Tagespflegeangebote stehen für eine gute Gesundheitsversorgung.
- Wir erhalten Schulstandorte. Der Ausbau der Bildungshäuser für Drei- bis Zehnjährige schafft gute Bildungschancen. Die „Realschule Baden-Württemberg“ ermöglichen wir auch als Verbundschule.
- Den Ersterwerb von Wohneigentum wollen wir von der Grunderwerb-

steuer freistellen. Wir beseitigen Zwänge wie Dach- und Fassadenbegrünung oder überdachte Fahrradstellplätze beim Wohnungsbau. Das „Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum“ wird zur Förderung der Innen- vor der Außenentwicklung aufgestockt.

- Wir stärken die kommunale Selbstverwaltung in der Gemeindeordnung. Eine Verwaltungs- und Landkreisreform lehnen wir ab. Zugunsten der Kommunen reformieren wir die Grundsteuer. Bürgerbeteiligung gestalten wir effektiv und transparent.

Landwirtschaft.

- Anreize statt Verbote, Respekt vor dem Eigentum, die Erleichterung von Rücklagenbildung, eine Harmonisierung der Vorschriften und Entbürokratisierung statt überzogener Regulierungen machen bäuerliche Familienbetriebe wettbewerbsfähig. Eine echte Förderkultur spielt ökologische und konventionelle Landwirtschaft nicht gegeneinander aus.
- ForstBW überführen wir in eine Anstalt öffentlichen Rechts. Der kommunale Holzverkauf erfolgt durch die Landkreise oder auch über private Zusammenschlüsse.
- Das Jagdgesetz ändern wir im ersten Jahr. Regulierungen, die der Hege und Pflege widersprechen heben wir auf. Kommunale oder jagdliche Wildschadenskassen regulieren Schäden. Die Beteiligung der Landwirte bei Wildschäden an Mais schaffen wir ab.
- Naturschutz ist für uns Teil der Flächenbewirtschaftung. Eine Biodiversitätsstrategie, der Erhalt und die Renaturierung von Mooren fördern den Natur- und Artenschutz. Ein Wettbewerb „Forschung ohne Tierversuche“ und die Verdoppelung der Neubau- und Sanierungsförderung von Tierheimen stärken den Tierschutz. Der Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen ist verboten.
- Die Förderung dezentraler Energiegewinnung, die Nutzung von Bioenergie, der Zusammenschluss zu Energiegenossenschaften und Energiefonds lassen die Energiewende im ländlichen Raum gelingen.



Gesundheit

Grün-Rot handelt nicht konsequent.

- Grün-Rot schaut dem Ärztemangel tatenlos zu und versäumt es, tragfähige Konzepte zu entwickeln. Im Pflegebereich wird das grün-rote Wohn-, Teilhabe- und Pflegegesetz den tatsächlichen Herausforderungen nicht gerecht.
- Ob in den Ballungsräumen oder im ländlichen Raum – die Menschen in unserem Land haben Anspruch auf eine gute, qualitativ hochwertige und verlässliche medizinische Versorgung. Damit auch künftig eine bedarfsgerechte und qualitativ hochwertige medizinische und pflegerische Gesundheitsversorgung möglich ist, sind Lösungen notwendig, die sich an den regionalen Anforderungen ausrichten.

Ärzteversorgung und Krankenhäuser.

- Ein Landärzte-Stipendium, „Kommunale Gesundheitskonferenzen“ und die Einbeziehung neuer Berufsbilder (Arztassistent) sichern die Ärzteversorgung in der Fläche. Ausreichende Studienplätze und eine Stärkung der Allgemeinmedizin machen den klassischen Hausarzt attraktiv.
- Die Qualität eines Krankenhauses soll stärker die Vergütungsleistungen bestimmen. Mehr Kompetenzen für Selbstverwaltungspartner tragen zur Profilschärfung bei.

Vorsorge und Pflege.

- Ein Landesprogramm „Gesunde Gemeinde in Baden-Württemberg“ fördert Maßnahmen der Gesundheitsvorsorge. Passende und solide finanzierte Reha-Leistungen sind entscheidend für eine gute Genesung.

- Wohnortnahe Pflegestützpunkte, die auch das Thema „Demenz“ angehen, leisten wichtige Beratung und Hilfestellung. Ambulante, stationäre, häusliche und ehrenamtliche Strukturen in der Pflege vernetzen wir sinnvoll.

Palliativversorgung und Telemedizin.

- Eine gute und flächendeckende Palliativversorgung und Hospize sind elementarer Bestandteil unserer Gesundheitspolitik.
- Die Chancen der Telemedizin wollen wir besonders im ländlichen Raum nutzen.



Flüchtlingspolitik

Die grün-rote Landesregierung ist in der Flüchtlingspolitik überfordert.

- Ein Wirrwarr aus Zuständigkeiten, Lenkungskreisen und teilweise entmachteten Ministerien sorgt dafür, dass in Baden-Württemberg Konzepte fehlen, Ideen überhört werden und Anregungen aus der Praxis und den Kommunen ignoriert werden.
- Wir steuern, ordnen und begrenzen die Zuwanderung. Zugleich fordern und fördern wir Integration.
- Das Grundgesetz und die dahinterstehende freiheitlich-demokratische Werteordnung sind die Grundlage für das Zusammenleben in Baden-Württemberg. Diese gilt für alle hier lebenden Menschen – mit und ohne Migrationshintergrund.
- Wir erwarten von jedem, der zu uns kommt, dass er unsere Normen und Gepflogenheiten beachtet.

Flüchtlinge.

- Die Polizeipräsenz in den Landeserstaufnahmestellen wird erhöht.
- „Landeskompetenzzentren für Asyl und Flüchtlinge“ bündeln Maßnahmen und Leistungen und beschleunigen so das Verfahren.
- Fehlanreize, wie Geldleistungen oder eine Gesundheitskarte, beseitigen wir. Abschiebungen führen wir schnell und konsequent durch.
- Zur Bekämpfung der Schleuserkriminalität nutzen wir das Kennzeichenlesesystem.
- Bei der Schaffung von Wohnraum und durch Änderungen im Bau-recht unterstützen wir die Kommunen.

- Ehrenamtlichen helfen wir durch Fortbildung, Qualifizierung und Vernetzung.
- Wir betrauen das Innenministerium mit diesen Aufgaben. Das Integrationsministerium lösen wir auf.

Integration.

- Das Erlernen der Sprache sowie die Anerkennung unserer Werteordnung und unserer kulturellen Traditionen als Leitkultur lassen Integration gelingen.
- Vollverschleierung ist das Gegenteil von Integration. Wir verbieten sie daher.
- Das Landesnetzwerk „Bürgerschaftliches Engagement Baden-Württemberg“ wird zur Anlaufstelle für Vereine bei Fragen der interkulturellen Öffnung.
- Guter Spracherwerb und richtiger Umgang mit Traumata machen die Integration von Kindern und Jugendlichen erfolgreich.
- Durch Qualifizierung, Ausbildung und Existenzgründung gelingt Integration auf dem Arbeitsmarkt.



Wir stehen zum „C“.

Das christliche Menschenbild ist für uns Richtschnur.

- Wir würdigen das Engagement der Kirchen für ein gutes Miteinander und pflegen mit ihnen einen gewinnbringenden Dialog.
- Die Grünen hingegen votieren in kommunaler Verantwortung meist gegen die kirchliche Trägerschaft von Kindergärten und Schulen, obwohl diese dem Staat viel Kosten ersparen. Sie wollen sogar den Kirchen die finanzielle Grundlage für gesellschaftliche Handlungsfelder schrittweise entziehen (vgl. Wahlprogramm 2016, S. 237). Ein vertrauensvolles Miteinander und eine Wertschätzung der seelsorgerlichen, sozialen und gesellschaftlichen Arbeit der Kirchen sehen anders aus.
- Die CDU setzt sich konsequent für ein freundschaftlich-kooperatives Verhältnis von Staat und Kirchen ein. Das ist in Zeiten allgemeiner Verunsicherung wichtig. Die CDU stärkt den Religionsunterricht, kirchliche Kindergärten und kirchliche Sozialarbeit.
- Die Grünen haben durchgesetzt, dass im Rundfunkrat des Südwestrundfunks der Vertreter der kleineren christlichen Kirchen (Freikirchen, Orthodoxe u.a.) durch einen Vertreter des Islam ersetzt wurde (Mai 2013).
- Der CDU ist die Integration von Muslimen wichtig. Das kann aber nicht bedeuten, ihre Interessen einseitig zu fördern und gleichzeitig die Kirchen zurückzudrängen.
- Die kontroversen Diskussionen um die Einführung des „Bildungsplans“ für die Schulen in Baden-Württemberg durch Grün-Rot zeigen: Die Grünen setzen sich nur für ganz bestimmte Minderheiten ein. Benachteiligungen aufgrund von Behinderung, Religionsausübung,

Alter, sozialer Herkunft sind ihnen weniger wichtig als die Interessen sexuell definierter Gruppen (vgl. Landeswahlprogramm 2016, S. 235). Die Verfolgung von Christen in vielen Ländern der Welt interessiert die Grünen nicht. Die Rechte der ungeborenen Kinder auch nicht.

- Die CDU stellt die Bedeutung von Ehe und Familie und den Schutz des Lebens nicht in Frage. Das gilt für die Sozialpolitik wie für die Bildungspolitik.
- Die Regierung Kretschmann hat das Landeserziehungsgeld der Vorgängerregierungen aufgehoben (Stuttgarter Nachrichten, 18.9.2012). Dadurch wird es Eltern erschwert, eigenständig ihre Kinder in den frühen Lebensjahren zu erziehen und Werte zu vermitteln. Eine einseitige Förderung der staatlichen Betreuung und Erziehung ist das genaue Gegenteil von Wahlfreiheit.
- Die CDU wird ein „Familiengeld Baden-Württemberg“ einführen, um Familien echte Wahlfreiheit zuzugestehen und die unersetzliche Erziehungsarbeit in den Familien zu würdigen.
- Mit einer Novelle des Feiertagsgesetzes hat die Grün-geführte Landesregierung die Regelungen zum Tanzverbot an den stillen Tagen deutlich gelockert. Das wird der Bedeutung dieser unsere Kultur prägenden Tage nicht gerecht.
- Die CDU bekennt sich zum Christentum als der prägenden Wurzel der Kultur unseres Landes. Dazu gehört auch der Schutz christlicher Symbole, Werte und Feiertage.